

Kein Anwalt für Thurgauer Tiere

Für die Tiere, aber gegen einen Thurgauer Tieranwalt: Der Grosse Rat will keine neue Instanz für den Tierschutz.

BARBARA N. GRAUWILER

WEINFELDEN – Es hat lange gewährt, bis sein Anliegen in den Rat kam, aber gut wurde es für Motionär Daniel Jung (SVP, Felben-Wellhausen) nicht: Mit grossem Mehr sprach sich das Kantonsparlament dagegen aus, im Thurgau einen Tieranwalt einzuführen. Mit dieser neuen Instanz wollte Jung eine Verfahrenslücke schliessen; denn anders als geschädigte Menschen haben Tiere keine Parteivertretung, die die korrekte Behandlung ihrer Rechte einfordern kann. «Tierschutz-Verfahren sind oft emotional und kompliziert», so Hundebesitzer

Jung. «Daher landen sie gerne ganz unten in der Pendenzenbeige.»

Besseres Thurgauer Image

Ein Tieranwalt könne nachfragen, ohne dass Tierschützer die Öffentlichkeit mobilisierten. Im Tiermisshandlungs-Fall Wellhausen hätte der Thurgau so weniger Image eingebüsst. Das unterstützten einzig die Grünen. «Unser Kanton hat einiges wieder gutzumachen», so Maya Iseli-Rutishauser (GP, Romanshorn). «Ein Tieranwalt würde Zeichen setzen.» Daneben stimmte lediglich Justizkommissions-Präsidentin Ursula Brasey (FDP, Hauptwil) für die Motion.

Lieber besser als mehr

Dem Rest des Rats leuchtete Jungs Idee nicht ein. Für seine Fraktion sprach Landwirt Hansruedi Krüsi (SVP, Schöndolzerswil): «Das heutige System reicht aus.» Auch die FDP war gegen einen Tieranwalt. «Wenn es nicht funktioniert muss man den Tierschutzbeauftragten und die Staatsanwaltschaft in die Pflicht nehmen», meinte Walter Vogel (FDP, Frauenfeld). Für EVP/EDU ortete auch Mathias Müller (EVP, Frauenfeld) «eher ein Vollzugsproblem». Das i-Tüpfelchen verabreichte Regierungsrat Claudius Graf-Schelling: «Wir müssen aufhören, uns Asche aufs Haupt zu streuen.»

Selbst Tierschützerin Erica Willi-Castelberg lehnte für die Fraktion von SP/Gewerkschaften den Tieranwalt ab. Auch dieser müsste wie die anderen Instanzen einfach seinen Auftrag erfüllen. Nicht nur im Tierschutz fühlten sich Bürgerinnen und Bürger manchmal nicht ernst genommen. Dem sei mit einer Ombudsstelle abzuhelfen, wofür gestern sowohl Erica Willi als auch Regula Strecken-Käser (EVP, Egnach) gleichzeitig eine Motion einreichten.

Absage an Kessler

Negativen Bescheid lieferte die Justiz- und Petitionskommission zum Verbandsbeschwerderecht für Tierschutzorganisationen. Erwin Kessler hatte es per Petition gefordert. Präsidentin Ursula Brasey stiess sich am rüden Ton des VgT-Präsidenten. Gewisse Sympathien erhalte «der Gedanke einer Zentralisierung der Tierschutz-Strafverfahren». Die Kommission vertraue aber den Verbesserungen nach dem Tiermisshandlungs-Fall Wellhausen. (bg.)